



**Bettina Herlitzius**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

**Berlin**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus  
Raum 3 601

☎ (030) 227 – 71012

📠 (030) 227 – 76012

✉ [bettina.herlitzius@bundestag.de](mailto:bettina.herlitzius@bundestag.de)

Berlin, 16. Oktober 2008

## **Erklärung zum Abstimmungsverhalten nach § 31 GO BT**

*Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zu dem Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutsche Streitkräfte an dem Einsatz der internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf der Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt 1833 (2008) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen:*

Den Antrag der Deutschen Bundesregierung auf Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe lehne ich ab.

Es ist wieder ein Jahr vergangen, sicherlich nicht genug, um ein seit Jahrzehnten gequältes Land wie Afghanistan dauerhaft zu stabilisieren, aber doch ausreichend, um zu überprüfen, ob wir den im letzten Herbst beschworenen Zielen durch den militärischen Einsatz wenigstens ein Stück näher gekommen sind. Und ob die Erfolge den Preis rechtfertigen, immerhin haben seitdem auch deutsche Soldaten dort ihr Leben gelassen, von den finanziellen Belastungen gar nicht zu sprechen. Die Bilanz ist ernüchternd:

- Die Situation der afghanischen Bevölkerung hat sich kaum verändert.
- Der als vergleichsweise friedlich geltende Norden wird immer öfter Ziel von Terroranschlägen.
- Nach wie vor steht die schwache Regierung unter dem Einfluss von skrupellosen Warlords und Kriegsgewinnlern und die USA versuchen immer weniger zu verschleiern, dass es ihnen nicht um den Wiederaufbau des Landes geht, dafür aber um die Durchsetzung ihrer ureigensten Interessen.

Selbst dort, wo Verbesserungen spürbar sind, ist es unbewiesen, ob sie wegen oder trotz der ISAF-Präsenz stattfinden und ob diese Verbesserungen nicht durch andere, nicht-militärische Maßnahmen schneller vorangetrieben würden. Fest steht, die Menschen in Afghanistan sind kriegsmüde und die Stimmung dort richtet sich immer stärker gegen alles Militärische, egal welche Uniform die Soldaten tragen.

Alle Forderungen nach einem Strategiewechsel sind bisher politisch nicht umgesetzt worden. Im Mai dieses Jahres haben sich über 3.000 Stammesvertreter, Intellektuelle und Politiker aus allen Teilen Afghanistans zu einer nationalen Friedens-Jirga zusammengeschlossen. Sie werden unterstützt von einer Vielzahl von deutschen Friedensinitiativen u.a. auch der Aachener Friedenspreis e.V. und haben eine gemeinsame Erklärung zu Afghanistan herausgegeben. Meiner Meinung nach sollte es politisches Ziel sein, diese Bewegung aufzunehmen, zu stärken und in die weiteren Verhandlungen und Friedensbemühungen einzubeziehen. Das ist meine Vorstellung einer verantwortungsvollen Wiederaufbaupolitik, in deren Fokus eine dauerhafte Stabilisierung Afghanistans steht.